

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Dirk Saam und Kai Fritze

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Rana-Plaza

Am 24. April jährte sich der tragische Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Sabhar, der mehr als 1100 Menschen das Leben kostete und bei dem über 2400 Personen schwer verletzt wurden. In dem Gebäude befanden sich unter anderem fünf Textilfabriken, ein Großteil der Opfer des Unglücks waren junge Näherinnen. Begleitet wurde der Jahrestag von Demonstrationen in Bangladesch und in vielen anderen Ländern gegen schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnde Sicherheitsstandards in der Textilindustrie. Die Familien der Todesopfer und die Verletzten mussten ein Jahr warten, bis erste Entschädigungszahlungen aus einem Fonds gezahlt wurden, der von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwaltet wird. Die Unternehmen mit Produktionsbeziehungen zu den Fabriken im Rana-Plaza-Gebäude sind aufgefordert, Entschädigungszahlungen in diesen Fonds einzuzahlen. Derzeit fehlen jedoch noch knapp 18 Millionen Euro. Unter den Firmen sind unter anderem auch KiK, Adler Modemärkte, NKD, KANZ/Kids Fashion Group, Güldenpfennig, Mango, Benetton und C&A. Ein Großteil von ihnen hat entweder noch gar nicht oder nicht ausreichend in den Fonds eingezahlt. Laut der Kampagne für Saubere Kleidung habe von den deutschen Firmen bisher allein die Firma Güldenpfennig einen, gemessen an der Größe des Unternehmens, akzeptablen Betrag an den Fonds überwiesen. In Folge der Tragödie von Sabhar wurden laut des bangladeschischen Textilverbandes *Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association* (BGMEA) landesweit 176 Fabriken geschlossen. Gründe dafür seien, dass Produzenten weniger Aufträge in Bangladesch platziert hätten und zudem höhere Löhne und Gebäudesicherheit gefordert würden. Zudem seien unabhängige Experten beauftragt worden, die Fabriken des Landes bezüglich der Gebäudesicherheit zu prüfen, was weitere Schließungen zur Folge haben könne. Die ersten sechs Fabrikschließungen, die die Kontrolleure forderten, wurden allerdings von den zuständigen Behörden verhindert. Streitpunkt ist die Qualität des Betons, der in den Fabriken verbaut wurde.

Solarbranche

Bangladeschs Solarbranche schafft neue Arbeitsplätze, das zeigt eine aktuelle Studie der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA). Demzufol-

ge seien 114.000 neue Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Allein zwischen 2011 und 2013 habe sich die Zahl der Angestellten in diesem Sektor verdoppelt. Bemerkenswert sei zudem, dass der Arbeitsmarkt Bangladeschs von der Textilindustrie und niedrigen Lohnstrukturen geprägt sei, die Arbeitsplätze in der Solarbranche aber eine höhere Qualifikation erfordern. In Bangladesch werden jährlich bis zu 80.000 Photovoltaikanlagen installiert.

Fährunglück

Bei einem Fährunglück auf dem Fluss Meghna kamen am 15. Mai mindestens 54 Menschen ums Leben. Weitere Passagiere werden noch immer vermisst. Etwa 100 Passagieren war es gelungen, sich ans Ufer zu retten. Das Schiff *MV Miraz* kenterte etwa 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Dhaka, wo es in ein Gewitter geraten war. Starke Strömungen erschweren die Rettungs- und Bergungsarbeiten. An Bord des Schiffes waren zum Zeitpunkt des Unglücks mehr als 200 Menschen, während die Fähre maximal auf 122 Passagiere ausgelegt war. Die Regierung Bangladeschs versprach den Familien der Opfer Entschädigungen in Höhe von umgerechnet jeweils etwa 740 Euro. Immer wieder kam es in der Vergangenheit in Bangladesch zu Schiffsunglücken: 2010 kamen mehr als 160 Menschen bei drei Schiffsunglücken innerhalb von nur einem Monat um.

NGO-Gesetzgebung

Die Regierung Bangladeschs hat am 2. Juni eine neue NGO-Gesetzgebung verabschiedet. Das bangladeschische Büro für NGO-Angelegenheiten hatte im Oktober 2011 damit begonnen, eine neue NGO-Gesetzgebung zu erarbeiten. Die Behörde ist der Premierministerin direkt unterstellt und dazu befugt, die Aktivitäten von NGOs, die mit ausländischen Geldern arbeiten, zu koordinieren und zu regulieren. Laut Regierung soll die Gesetzesnovelle die Rechenschaftspflicht der NGOs verbessern. NGOs wurden zwar teilweise zu Konsultationen hinzugezogen, Bedenken von Seiten der NGOs, die neue Gesetzgebung drohe die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure einzuschränken, konnten aber bis zuletzt nicht ausgeräumt werden.

Außergerichtliche Gewalt

Anfang Mai wurden sieben Menschen im Narayanganj-Distrikt östlich von Dhaka Medienberichten zufolge von Mitgliedern der paramilitärischen Spezialeinheit *Rapid Action Battalion* (RAB) entführt und ermordet. Die genauen Hintergründe sind bisher nicht bekannt. Verhaftet wurden bisher drei Angehörige der Spezialeinheit. Unter den Opfern befindet sich auch ein gewähltes Mitglied des Stadtrates. Dessen Schwiegervater beschuldigt RAB-Mitglieder die Morde begangen und dafür etwa eine halbe Million Euro erhalten zu haben. Der siebenfache Mord in Narayanganj hat die Debatte um die Auflösung des RAB neu entfacht. Die Spezialeinheit war 2004 von der Regierung unter Ministerpräsidentin Khaleda Zia ins Leben gerufen worden. Die Spezialeinheit steht aber seit ihrer Gründung in der Kritik, auf der Jagd nach Verbrechern Verdächtige gezielt zu töten und in Verhören zu foltern. Auch haben Menschenrechtsverteidiger immer wieder darauf hingewiesen, dass unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft unter Repressalien zu leiden haben. In einem Bericht von *Amnesty International* aus dem Jahr 2011 heißt es, RAB habe seit der Gründung 2004 mindestens 700 Menschen umgebracht. Meldungen bangladeschischer Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden im Zeitraum Januar bis März 2014 58 Menschen durch Angehörige staatlicher Sicherheitskräfte, darunter RAB, Polizei und Armee, umgebracht. Unklar ist, welche Rolle staatliche Sicherheitskräfte im Rahmen der jüngsten Attacken gegen führende Menschenrechtsverteidiger spielen. So konnte sich Nur Khan, der Direktor der Menschenrechtsorganisation *Ain o Shalish Kendra* (ASK), am 15. Mai nur knapp einem Entführungsversuch widersetzen. Der Menschenrechtsverteidiger hatte sich in der Vergangenheit mehrfach gegen außergerichtliche Gewalt geäußert.

Chittagong Hill Tracts: Flüchtlinge ethnischer Gewalt zurückgeschickt

Die Behörden des ostindischen Bundesstaates Tripura haben Anfang Juni circa 90 Flüchtlinge der indigenen Minderheit der Chittagong Hill Tracts nach Bangladesch ausgewiesen. Etwa 350 Flüchtlinge aus über 70 Familien hatten eine Woche zuvor die Grenze zu Indien illegal überschritten und in vier Dörfern des Gandacherra-Gebiets Zuflucht gesucht, nachdem es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit nicht-stammesangehörigen Muslimen in ihrer Heimat gekommen war. Die Rückführung erfolgte in Anwesenheit von

Grenzschutzbeamten beider Nationen. Die hauptsächlich aus Buddhisten und Hindus bestehende indigene Bevölkerung war nach eigenen Angaben aus den Chittagong Hill Tracts geflohen, nachdem ihre Häuser attackiert worden waren. Ein Beamter des bangladeschischen Grenzschutzes *Border Guard Bangladesh* (BGB) teilte mit, dass bei dem Vorfall keine Personen der indigenen Minderheit verletzt wurden. Es sei lediglich ein lokaler Markt in Brand gesteckt worden. Die übrigen in Indien verbliebenen Flüchtlinge, die sich wahrscheinlich noch in der Region Gandacherra aufhalten, sollen nach ihrem Auffinden ebenfalls nach Bangladesch zurückkehren.

Vertrag zum Bau des ersten Atomkraftwerks

Der russische Rosatom-Atomenergiekonzern und Bangladesch haben Anfang Juni 2014 einen weiteren Vorvertrag zum Bau eines ersten bangladeschischen Atomkraftwerkes unterschrieben. Dabei handelt es sich um den dritten Vertrag der Vorbereitungsphase, welcher sämtliche Vorbereitungsarbeiten auf der künftigen Baustelle regelt. Bereits im November 2011 hatten Russland und Bangladesch ein Regierungsabkommen zum Bau des Atomkraftwerks Ruppur unterzeichnet. Die Anlage soll etwa 160 Kilometer nordwestlich von Dhaka am Ufer des Ganges gebaut werden; sie soll aus zwei Reaktoren von jeweils mindestens 1000 Megawatt bestehen. Die Inbetriebnahme ist für 2018 geplant.

Bangladesch verbant Flaggen zur Fußball-WM

Im westlichen Bangladesch haben die Behörden vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien dazu aufgerufen, die über 10.000 brasilianischen und argentinischen Länderflaggen von den Dächern zu entfernen. Die Appelle an die Bevölkerung wurden in den Zeitungen veröffentlicht. Zudem wurden abgelegene Dörfer von lokalen Regierungsbeamten besucht, welche die Flaggen entfernten. Die Behörden begründeten den Aufruf damit, dass die Unterstützung der beiden südamerikanischen Länder respektlos gegenüber der eigenen Landesfahne sei. „Mit der WM vor der Tür sind wir eine Nation von Argentinern und Brasilianern geworden. Auf fast jedem Dach sieht man Flaggen der beiden Länder“, teilte ein Regierungssprecher im Bezirk Jessore mit. „Wir haben nichts dagegen, wenn Leute Shirts mit deren favorisierten Nationen tragen. Aber es sieht nicht gut aus, wenn fremde Länderflaggen auf den Dächern wehen.“

Quelle: www.sport1.de/de/fussball/wm/newspage_904392.html